

UN-Summit of the Future. Legal Alternatives to War – Law not War

Parliamentary Roundtable, 29. Mai 2024, Bern Switzerland

Ruth-Gaby Vermot, ehem. Mitglied des Schweizer Parlaments und Präsidentin von FriedensFrauen Weltweit - PeaceWomen Across the Globe PWAG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg:innen

FriedensFrauen Weltweit - PeaceWomen Across the Globe, PWAG ist eine feministische Friedensorganisation und die Nachfolgeorganisation von „1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005“. FriedensFrauen Weltweit befasst sich mit der Partizipation von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen. (UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit, FPL zu „Friedensprozesse verstehen“, „Zivilgesellschaftliche Prioritäten für den 5. NAPd/ UN-Resolution 1325, PWAG, Frieda, Swisspeace).

Für den „UN-Summit of the Future“ hab ich nur EINE dringende Forderung: Ab 31. Dezember 2024 erwirkt der UN-Gipfel unbegrenzte Waffenstillstände an allen Fronten weltweit, Friedensprozesse nehmen ihren Anfang, an denen Frauen und die Zivilgesellschaft massgeblich beteiligt sind. Abrüstung und Demilitarisierung finden in allen Ländern konsequent statt und überall wird mit dem Aufbau einer feministischen, menschenrechtsbasierten Sicherheits- und Friedensarchitektur begonnen!

1. Frauen in Friedensprozessen

Frauen sind immer Trümmerfrauen – weltweit – welche die Auswüchse von Kriegen vom ersten Tag an aufräumen und sich vor allem um die traumatisierten, gewaltbetroffenen und kriegsversehrten Menschen kümmern. Sie sind die verlässlichen Care-Arbeiterinnen, unbezahlt und unbemerkt. Helden sind die andern. Von Friedensprozessen, Regulierungen, Absprachen, Einflussnahme und Vereinbarungen für die Zeiten während und nach den Kriegen sind sie in der Regel ausgeschlossen. „Männer machen Krieg“, sagt die ehem. Afghanische Frauenministerin Sima Samar, „sie denken, sie können auch Frieden machen!“ Eine Fehleinschätzung! Frauen scheitern immer an den beinhart betonten, unbeweglichen patriarchalen Strukturen unserer kapitalistischen Gesellschaften, die auf militärischer Stärke gründen und auf einer schädlichen männlichen Machtkonzentration.

Wir fordern: Frauen beteiligen sich gleichberechtigt und in gleichem Masse an allen Phasen von Friedensprozessen, wie es die UN-Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden, Sicherheit“ vorgibt. Frauen haben die Möglichkeit sich zu vernetzen, sich Wissen und Kompetenzen anzueignen, damit sie die politischen Mechanismen ihrer Länder nutzen und gezielt Einfluss nehmen (Advocacy). Es geht dabei um die tatsächliche Umverteilung von Macht und Verantwortung.

2. Kriegs- und Nachkriegsökonomie

Kriegswirtschaft bedeutet Militarisierung und somit die Produktion neuer und effizienterer Waffensysteme, die Erfindung von unbemannten Killerdrohnen oder die Anwendung von KI in Kriegen. In diese Kriegswirtschaft fließen Riesensummen. Diese ungebremsete Rüstungshysterie bedeutet massiven finanziellen Abbau vor allem in fragilen gesellschaftlichen Bereichen und in der Entwicklungszusammenarbeit. Auch die Nachkriegs-ökonomie verschlingt Unsummen und diese sind meist fest in Männerhand. Frauen und Minderheiten haben nur rudimentären Zugang, wenn es um den Wiederaufbau ihrer Gesellschaft geht. Die soziale Infrastruktur ist unterfinanziert und so bleiben die Frauen, welche die Sorgearbeit leisten, einmal mehr aussen vor.

Wir fordern: Frauenrelevanter und menschenrechtsbasierter Aufbau beruht auf sorgfältigen Abklärungen, an welchen die Care-Menschen massgeblich beteiligt sind. Investitionen erfolgen nicht nur in die gewinnbringende Infrastruktur, sondern vor allem auch in die soziale Grundversorgung.

3. Demilitarisierung, Sicherheit und Frieden

Die Rüstungsausgaben sind 2023 weltweit um 135% auf die Rekordsumme von 2443 Milliarden US-Dollar gestiegen (SIPRI). Seit Jahrzehnten werden wir durch mögliche Bedrohungsszenarien verängstigt und verkauft man uns eine Sicherheit, die nur mit Kriegsgeräten gewährleistet werden kann. Militarisierung bringt nicht per se mehr Sicherheit - geschweige denn Frieden. Wir brauchen eine andere, eine feministische Ausen- und Sicherheitspolitik und ein Gesellschaftssystem, das nicht waffengläubig ist, patriarchal oder auf militärische Stärken baut.

Wir fordern: Statt einer bewaffneten Sicherheits- brauchen wir eine menschenrechtsbasierte Friedensarchitektur, eine Friedensstrategie, die als dauerhafter Prozess soziale, wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit und Angstfreiheit bringt. Demilitarisierung heisst Abrüstung und vor allem auch die Verbannung von Atomwaffen (International: Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags TPNW)

4. Kriege machen Menschen zu Flüchtlingen

Militarisierung, bewaffnete Konflikte, der Klimawandel und massive Einschränkung von Menschenrechten, treffen heute Millionen Menschen massiv. Waren im ersten Weltkrieg rund 10% der Todesopfer Zivilisten, stieg ihr Anteil im zweiten Weltkrieg auf 65% und in den Kriegen des 21. Jahrhunderts auf mehr als 80%. Heute nennt das SIPRI 56 Kriegs-orte. Mehr als 100 Millionen Menschen sind auf der Flucht oder intern vertrieben. Die meisten leben in ihren Nachbarländern. Mehr als 60'000 Menschen sind bei der Überquerung des Mittelmeeres ertrunken. Jene, die in Europa ein Asylgesuch stellen, stehen vor oft unüberwindbaren behördlichen Hürden. Sie begegnen Misstrauen, Abwehr, Diskriminierung und Rassismus.

Wir fordern: sichere Fluchtwege für alle (auch Klima)Geflüchtete, Wmenschenrechtsbasierter und nichtdiskriminierender Schutz und Aufnahme, sowie eine Integrationspolitik, die den geflüchteten Menschen Sicherheit geben und ihnen Autonomie und eine eigenständige Existenz ermöglichen.

Nur als Hinweis

Forderungen zur Stärkung der Institutionen wie das Kriegsverbrechertribunal und weitere regionale Tribunale, sowie der UNO, Europarat OSZE ua. internationale oder regionale Institutionen.

Forderung a: Wir fordern für das UNO-Kriegsverbrechertribunal und die weiteren regionalen Sonder-Tribunale genügend Ressourcen, Handlungsspielraum, eine gesicherte Legitimation, sowie eine angemessene Ausbildung der Richter:innen.

Forderung b: Wir fordern für die UNO, Europarat, OSZE und weitere internationale oder regionale Institutionen die notwendigen Ressourcen für Reformen zur Stärkung der Legitimation.

Bern, Mai 2024/RGV